

ebenso wie der Krieg im Irak und der geplante Angriff auf den Iran Teil des geostrategischen Konzeptes zur Kontrolle der Ölquellen und der Transportrouten im Mittleren Osten und im Kaspischen Raum. Die deutsche Regierung will dabei nicht abseits stehen, wenn es darum geht, den Zugriff der Ölmultis und der kapitalistischen Metropolen auf die Ölressourcen militärisch zu sichern. Doch diese Strategie wird am Widerstand der Völker scheitern.

Wiederaufbau statt Krieg

- ★ Solange Demütigung der Afghanen, militärische Besetzung und Fremdbestimmung andauern, wird der Widerstand wachsen, wird in Afghanistan keine Ruhe, kein Wiederaufbau und keine zivile Lösung des Konflikts möglich sein.
- ★ Die Probleme in Afghanistan heißen Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger, fehlendes Gesundheits- und Bildungswesen - nicht fehlende Tornados.
- ★ Ein sichtbarer Bruch mit der bisherigen Politik ist notwendig. Die Nato muss raus aus Afghanistan.
- ★ Statt sich an neuen militärischen Offensiven zu beteiligen, muss die Bundesregierung konstruktive Maßnahmen einleiten, um den innerafghanischen Friedensprozess und den Wiederaufbau durch zivile Kooperation zu stärken.
- ★ Ein Abschiebestopp für hier lebende Flüchtlinge aus Afghanistan ist unabdingbar.

In der Rüstung sind sie fix - für das Soziale tun sie nix

Der Gesamtbetrag für die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ (der ehemalige SPD-Verteidigungsminister Struck) hat die Zwei-Milliarden-Grenze weit überschritten. Die weltweiten Bundeswehreinsetze haben seit 1992 rund 10 Milliarden Euro verschlungen.

Der Rüstungshaushalt 2007 wurde gegenüber dem Vorjahr um 480 Millionen auf 28,4 Mrd. Euro aufgestockt. Für Auslandseinsätze sind 642 Millionen Euro eingeplant. Allerdings laufen die Kosten insbesondere des Afghanistan-Einsatzes den Planungen schon längst wieder davon, der Einsatz der Marine vor dem Libanon ist noch gar nicht berücksichtigt.

Weitere Steigerungen sieht die „mittelfristige Finanzplanung“ der Bundeswehr vor: 2008 sollen 28,7 Mrd. Euro in die Rüstung fließen, 2009 rund 29 Mrd und im Jahr 2010 sind 29,5 Mrd. eingeplant.

Für die Rüstungslobby reicht das alles längst nicht aus: Der Rüstungskonzern EADS hat nämlich große Pläne. Der Umsatz der Militärgeschäfte soll von heute 7,7 Mrd. Euro auf mindestens 10 Mrd. bis Ende 2007 vergrößert werden. Seit dem Jahr 2000 ist er bereits um 54 Prozent gewachsen.

Für den Transport von Waffen und Soldaten in weltweite Kampfeinsätze ist das Transportflugzeug Airbus A400M konzipiert. 8,3 Mrd. Euro kassiert EADS für 60 Exemplare.

Die Bundeswehr hat 600 Marschflugkörper „Taurus“ für Angriffsoperationen auf Flugzeuge, Häfen und Kommandozentralen bestellt. Kosten rund 600 Millionen Euro.

Die fünf hochseegängigen Korvetten, die die weltweite Interventionsfähigkeit der Bundeswehr stärken sollen, kosten rund 970 Millionen pro Stück, die Marschflugkörper, mit denen sie ausgerüstet werden, weitere 215 Millionen.

Für eine neue Computer- und Telefontechnik der Bundeswehr wurden rund 7 Mrd. Euro Steuergelder bewilligt; eine Gelddruckmaschine für Siemens und IBM, die den Riesenauftrag an Land gezogen haben.

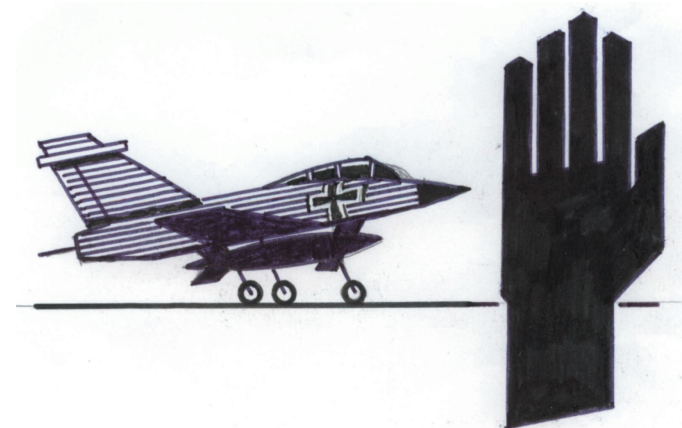
Spart endlich an der Rüstung! Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!

Ich will mehr Infos über die DKP	<input type="checkbox"/>
Ich will Mitglied der DKP werden	<input type="checkbox"/>
Name, Vorname:	
Straße:	
PLZ, Ort:	
eMail:	
Telefon:	
DKP, c/o KommTreff, Lothringerstr. 6, 81667 München	

Herausgeber: Kreisvorstand der DKP München
Lothringerstr. 6, 81667 München
v.i.S.d.P.: L.Mayer, c/o KommTreff, Lothringerstr. 6, 81667 München, E.i.S.

Es gibt Alternativen

Keine Tornados nach Afghanistan! Spart endlich an der Rüstung!



Der Mensch geht vor Profit



Deutsche Kommunistische Partei



www.kommunisten.de

www.european-left.org

Deutschland versinkt im Strudel des Krieges

Anfang März wird der Bundestag über die Entsendung von Tornado-Flugzeugen der Bundeswehr nach Afghanistan entscheiden.

Mit dem Einsatz der Tornado-Flugzeuge würde die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan eine neue Qualität erreichen. Bislang ist die Bundeswehr nur im ruhigeren Norden des Landes im Einsatz. Im Süden und Osten Afghanistans wird der Krieg immer brutaler. Dort sollen auch die Tornados eingesetzt werden, um wichtige Informationen für Luftangriffe und Bodenoperationen der Nato-Truppen zu liefern. Dies wäre eine eindeutige Beteiligung an Kampfhandlungen.

USA drängen zur Offensive

Unter dem Kommando der Nato stehen derzeit 33.000 Soldaten der Isaf-Truppe in Afghanistan; davon 11.500 US-Soldaten. 8.000 weitere US-Amerikaner führen zudem unter eigener Regie Krieg im Süden des Landes. Deutschland ist bisher mit 3.000 Soldaten an der Isaf beteiligt; darunter Soldaten der Spezialeinheit KSK, die auch als Bewacher in den Foltergefängnissen der CIA eingesetzt werden.

Jetzt schickt die Bush-Regierung noch mehr Soldaten an die Front und drängt die Nato-Länder, ebenfalls mehr Soldaten, mehr Geld und mehr Material für den Krieg zur Verfügung zu stellen.

Die US-Regierung will in einer „Frühjahrsoffensive der Nato“ den entscheidenden Schlag gegen die Aufständischen führen. Das Land soll gewaltsam „befriedet“ werden. Eine „Politik“, die schon in der Vergangenheit gescheitert ist - in Afghanistan ebenso wie im Irak.

Die Vereinten Nationen (UNO) haben zwar auf Druck der US-Regierung der Nato den Auftrag erteilt, das Land zu stabilisieren - nicht aber, eine endlose Spirale von Krieg, Gewalt und Terror immer weiter voran zu treiben.

Viele haben gedacht: Dicker kann es nicht kommen. Nach der rotgrünen Agenda. Doch es kommt noch dicker: mit der großen Koalition. Jedenfalls wenn wir uns nicht wehren.

Das plant die Regierung:

Gesundheitsreform: Mit dem Gesundheitsfonds drohen den Versicherten weniger Leistungen, höhere Beiträge und Kopfpauschalen. Die Privatversicherungen bleiben fein raus. Die Profite der Pharmakonzerne bleiben unangestastet. Immer mehr Zwei-Klassen-Medizin. Wer arm ist, der muss früher sterben.

Rente mit 67: Absurd bei millionenfacher Arbeitslosigkeit. Außerdem: Ein Großteil der Beschäftigten hält schon heute nicht bis zur Altersgrenze durch. Darum geht es in Wirklichkeit: Renten werden weiter gekürzt. Altersarmut per Gesetz.

Steuerpolitik: Die Mehrwertsteuer ist auf 19 Prozent erhöht worden. Insgesamt werden 30 Milliarden Euro bei der Bevölkerung abkassiert. Den Konzernen fünf Milliarden geschenkt. Außerdem: Mehr Steuern zur Finanzierung der weltweiten Einsätze der Bundeswehr. Weitere Steuererleichterungen für die Unternehmen sind in Vorbereitung. Um ein Drittel sollen die Steuern der Konzerne sinken.

Arbeitslosengeld II: Immer mehr Druck auf Arbeitslose. Arbeitsplätze aber nicht in Sicht. Jugendliche unter 25 Jahren erhalten nur noch 276 Euro. Davon kann man nicht leben. Jetzt drohen weitere Kürzungen.

Kündigungsschutz: In den ersten 24 Monaten eines neuen Jobs heißt es: Arbeit ohne Kündigungsschutz. Jeden Tag kann man entlassen werden. Das ist Willkür!

Ausbildungsplätze: Es fehlen zehntausende von Ausbildungsplätzen. Nicht einmal ein Viertel der Betriebe bildet aus. Der Ausbildungspakt von Unternehmern und Bundesregierung hilft nicht weiter.

Es reicht!

Gewerkschaften, soziale Bewegungen und die Linke mobilisieren gegen Sozialabbau und für Alternativen für die solidarische und gerechte Erneuerung von Demokratie und Sozialstaat. Nach den Demonstrationen vom 21. Oktober geht es weiter: Im Betrieb und auf der Straße, im Stadtteil, in der Schule und an der Uni.

Eine endlose Spirale von Krieg und Terror

Längst führt die Nato-Truppe Isaf einen brutalen Krieg, der immer mehr zivile Opfer fordert. Auch der Einsatz der Bundeswehr kann nicht länger als „Aufbauhilfe in Uniform“ vermittelt werden. Die anfängliche Sympathie für die Isaf ist in weit gehende Ablehnung und in Hass umgeschlagen. Mit der Verschränkung von militärischen Operationen und „ziviler Aufbauhilfe“, geraten auch die zivilen Aufbaumaßnahmen ins Fadenkreuz der Aufständischen.

Weiter auf die militärische Option zu setzen, wird Afghanistan endgültig ins Chaos stürzen und zum Brutherd des Terrorismus machen.

Während die Nato-Truppen im Strudel des eskalierenden Krieges versinken, ist die Stabilisierung und der Wiederaufbau Afghanistans in den fünf Jahren militärischer Besetzung nicht vorangekommen.

In ihrem Kampf gegen die Taliban haben die Nato-Mächte zwielichtige Kriegsfürsten rekrutiert und ihnen obendrein noch zu politischer Macht verholfen. Die von den Nato-Staaten eingesetzte Regierung von Hamid Karsai hat weder Legitimation noch Rückhalt in der Bevölkerung. Unter den Augen der Nato-Truppen ist der Opiumanbau, aus dem sich die Kriegsfürsten finanzieren, auf Rekordmengen angestiegen. Die Opiumbarone wurden in den Staatsapparat integriert. Das Ganze wird Demokratie genannt

Der Wiederaufbau für breite Schichten der Bevölkerung findet hingegen kaum statt. Armut und Zerstörung der Infrastruktur, Arbeitslosigkeit, mangelhafte Ernährung, schlechte hygienische Zustände, ein zusammengebrochenes Gesundheits- und Bildungswesen, willkürliche Gewalt und fehlende Rechtssicherheit prägen das Leben der großen Mehrheit.

„Mission impossible“

Trotz des offensichtlichen Desasters, will die US-Regierung den Krieg weiterführen und eskalieren. Der Krieg in Afghanistan ist